



*Freiburg, 6. März 2026*

Kommission für auswärtige Angelegenheiten KAA

**Bericht an den Grossen Rat für das Jahr 2025**

**[RGC 2026-GC-8]**

## **1. Präsidium, Mitglieder, Sitzungen<sup>1</sup>**

Präsidium: Pasquier Nicolas

Vizepräsidium: Altermatt Bernhard

Mitglieder: Baeriswyl Laurent, Barras Eric, Chardonnens Jean-Daniel, Dumas Jacques, Esseiva Catherine, Galley Liliane, Hauswirth Urs, Lauber Pascal, Menétrey Lucie, Michellod Savio, Sudan Stéphane, Wickramasingam Kirthana, Zermatten Estelle.

Stellvertreter/innen: Bapst Pierre-Alain, Baschung Carole, Berset Nicolas, Vial Pierre, Moura Sophie, Vuilleumier Julien.

Im Berichtsjahr hat sich die Zusammensetzung der KAA nur geringfügig geändert, da lediglich ein Mitglied seinen Rücktritt erklärt hat. Die folgende Grossrätin wurde gewählt:

- Am 18. Dezember 2025 wurde Kirthana Wickramasingam als Nachfolgerin von Alizée Rey gewählt.

Im Jahr 2025 trat die KAA zweimal zusammen (21. Februar und 6. Juni). Sie hat ausserdem auf brieflichem Weg zwei Stellungnahmen verabschiedet (3. September und 17. Dezember).

---

<sup>1</sup> Stand: 31. Dezember 2025.

## 2. Status des vorliegenden Berichts

---

- > Mit dem Gesetz vom 11. November 2009 über die interkantonalen Verträge (VertragsG) hat der Grosse Rat die Ausübung bestimmter Befugnisse im Bereich der interkantonalen Verträge an seine Kommission für auswärtige Angelegenheiten und an die Grossrätinnen und Grossräte in den interparlamentarischen Organen übertragen.<sup>2</sup>
- > Als Gegenleistung sind die Kommission für auswärtige Angelegenheiten und die Personen in den interparlamentarischen Organen angehalten, dem Grossen Rat über ihre Tätigkeiten *angemessen* Rechenschaft abzulegen.<sup>3</sup>
- > Das Büro des Grossen Rates und die KAA kamen überein, dass die Information über die Tätigkeiten der Kommission hauptsächlich in Form eines Tätigkeitsberichts der Kommission an den Grossen Rat übermittelt wird. Daneben benachrichtigt die KAA das Büro des Grossen Rates laufend und schriftlich über die Ausübung der ihr übertragenen Zuständigkeiten.

## 3. Aktivitäten auf kantonaler Ebene

---

### 3.1 Bericht des Staatsrats über die Aussenbeziehungen

An ihrer ordentlichen Sitzung vom 21. Februar 2025 hat die KAA den Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Freiburg in Anwesenheit von Staatsrat Olivier Curty und dem Delegierten für Aussenbeziehungen des Kantons Freiburg, Patrick Mülhauser, vorgeprüft. Dieser Bericht erscheint als eigenständige Publikation, unabhängig vom Tätigkeitsbericht des Staatsrats. Der Grosse Rat hat ihn in der Märzsession 2025 zur Kenntnis genommen.

### 3.2 Vorprüfung von Erlassen des Grossen Rates

Die KAA ist damit beauftragt, Erlassentwürfe vorzuprüfen, in denen es um einen Beitritt zu einer Vereinbarung oder die Änderung oder Kündigung einer solchen geht.

Im Jahr 2025 war die Kommission für die vorgängige Prüfung des folgenden Entwurfs zuständig:

- > *Gesetzesentwurf über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung) vom 28. Oktober 2022 (ISV) [2024-DFAC-13].* Dieser Gegenstand wurde am 28. März 2025 im Grossen Rat behandelt und angenommen.

---

<sup>2</sup> Art. 5 Abs. 2 [VertragsG.](#)

<sup>3</sup> Art. 5 Abs. 3 [VertragsG.](#)

### 3.3 Sonstige Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeit der KAA

Im Jahr 2025 hat die KAA ihre Aufgabe der Überwachung der Entwürfe interkantonalen Vereinbarungen in Anwendung der Bestimmungen des ParlVer (Vertrag über die Mitwirkung der Parlamente) wahrgenommen:<sup>4</sup>

- > *Entwurf der interkantonalen Vereinbarung «justitia.swiss»*: Die Vereinbarung «justitia.swiss» bildet den rechtlichen und organisatorischen Rahmen für die neue öffentlich-rechtliche Körperschaft, die mit dem Betrieb der zentralen elektronischen Kommunikationsplattform in der Schweizer Justiz betraut ist. Sie ergibt sich aus dem Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) und soll die im Rahmen des Projekts Justitia 4.0 angestrebte Digitalisierung des Justizsystems unterstützen (Ersetzung der derzeitigen physischen Akten durch elektronische Akten und elektronischer Austausch zwischen den beteiligten Parteien).  
An ihrer ordentlichen Sitzung vom 6. Juni 2025 empfing die KAA David Berclaz, Leiter des Programms E-Justice in der Sicherheit-, Justiz- und Sportdirektion (SJSD), sowie Jérôme Barraud, Jurist in der Rechtsabteilung von Justitia 4.0, die diesen Vereinbarungsentwurf sowie die Herausforderungen für den Kanton Freiburg und die Verbindungen zum derzeit im Kanton entwickelten Programm E-Justice vorstellten. Die KAA wird die weiteren Entwicklungen dieses Entwurfs für eine Vereinbarung von nationaler Tragweite aufmerksam verfolgen.
- > *Entwurf einer interkantonalen Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch im Justizvollzug*: Das BEKJ regelt zwar die elektronische Kommunikation im Justizwesen, deckt jedoch nicht den Strafvollzug ab, der in den Bereich der Verwaltung fällt. Es ist daher notwendig, eine interkantonale Vereinbarung aufzusetzen, um einerseits ein Informationssystem zur Zentralisierung der Strafvollzugsdaten (ISJV) und andererseits ein Datenaustauschsystem zu schaffen, das teilweise «justitia.swiss» als sichere Übertragungsplattform nutzt. Ziel ist es, die Zuweisung von Haftplätzen und die Lokalisierung von Häftlingen zu erleichtern und die Übertragung von Akten zwischen Einrichtungen zu ermöglichen. Nach einer ersten Vernehmlassungsphase forderten die Kantone mehr Klarheit: Das Projekt wird daher wahrscheinlich in zwei separate Vereinbarungen aufgeteilt werden.  
Diese neuen Projekte sollen laut Angaben von Blaise Péquignot, Generalsekretär der Lateinischen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (LKJPD)), und Didier Page, dem stellvertretenden Generalsekretär der Sicherheits-, Justiz- und Sportdirektion (SJSD), die diese anlässlich der ordentlichen Sitzung der KAA am 6. Juni 2025 vorstellten, von der KKJPD im Laufe des Jahres 2026 bestätigt werden. Die KAA wird die weiteren Entwicklungen dieses Entwurfs für eine nationale Vereinbarung ebenfalls aufmerksam verfolgen.

---

<sup>4</sup> [Vertrag über die Mitwirkung der Parlamente, ParlVer](#)

#### 4. Interparlamentarische Vernehmlassungen

---

Vor der Unterzeichnung durch die Regierungen und falls die betreffenden Kantone nicht einstimmig darauf verzichten, unterliegen die Vereinbarungen, denen mehr als ein Mitgliedskanton der ParlVer unterstellt ist, der Prüfung durch eine interparlamentarische Kommission (IPK), der sieben Parlamentsmitglieder pro betroffenen Kanton angehören. Die Mitglieder der Freiburger Delegation werden aus der KAA rekrutiert.

Am 26. November 2024 beschloss die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), ein Vernehmlassungsverfahren zu folgendem neuen Entwurf zu eröffnen:

- > *Interkantonale Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch im Justizvollzug*: Es handelt sich um einen Entwurf für eine landesweit gültige Vereinbarung.

Ein Vorentwurf wurde der KAA erstmals an ihrer ordentlichen Sitzung vom 3. Mai 2024 in Anwesenheit von Fabien Gasser, Generalstaatsanwalt des Kantons Freiburg, vorgelegt.

Am 10. Januar 2025 richtete die Interparlamentarische Koordinationsstelle (BIC) eine E-Mail an die Grossen Räte der Kantone Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura, um sie um ihre Stellungnahme zur Einrichtung einer beratenden IPK zu bitten, die gemäss Artikel 9 ParlVer mit der Prüfung des vorgeschlagenen Entwurfs beauftragt werden soll.

An ihrer ordentlichen Sitzung vom 21. Februar 2025 beschloss die KAA einstimmig, auf die Einrichtung einer solchen Vernehmlassungs-IPK zu verzichten, wünschte jedoch detailliertere Informationen zu diesem neuen Vereinbarungsentwurf. Da die übrigen Mitgliedskantone des ParlVer dasselbe beschlossen haben, wurde keine IPK für die Vernehmlassung eingesetzt.

#### 5. Interparlamentarische Aufsichtskommissionen

---

Ende 2025 war der Grosse Rat des Kantons Freiburg in 8 interparlamentarischen Aufsichtskommissionen vertreten. Mindestens zwei Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten gehören jeweils einer der 8 Freiburger Delegationen an (siehe Tabelle unten). Bei Verhinderung werden sie von anderen Mitgliedern der KAA vertreten.<sup>5</sup> Im Hinblick auf diese Stellvertretungen informieren die festen Mitglieder die Kommission regelmässig über die jüngsten Entwicklungen bei jeder interparlamentarischen Kommission.

---

<sup>5</sup> Art. 15 Abs. 2 VertragsG.

IPK	Aufsichtsgegenstand	Vertreter/innen KAA
IPK CSR	Westschweizer Schulvereinbarung	Bernhard Altermatt, Savio Michellod
IPK strafrechtliche Einschliessung	Vollzug der lateinischen Konkordate über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Jugendlichen, Erwachsenen und jungen Erwachsenen	Lucie Menétrey, Laurent Baeriswyl (Stellvertreter)
IPK GYB	Interkantonales Gymnasium der Broye	Pascal Lauber, Stéphane Sudan
IPK HES-SO	Fachhochschule Westschweiz	Liliane Galley, Savio Michellod, Catherine Esseiva
IPK HIB	Interkantonales Spital der Broye	Jean-Daniel Chardonnens, Liliane Galley
IPK SIERA	Interkantonaler Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz (SIERA).	Jean-Daniel Chardonnens, Urs Hauswirth
IPK CORJA	Westschweizer Geldspielkonkordat	Savio Michellod, Nicolas Pasquier
IPK DiGes	Interkantonale Vereinbarung über die Digitalisierung des Gesundheitswesens	Estelle Zermatten, Alizée Rey (bis zum 18.12.25), Kirthana Wickramasingam (ab dem 18.12.25)

## 6. Weitere Aktivitäten auf interkantonaler Ebene

—

### 6.1 Interparlamentarische Koordinationsstelle IKS

Die IKS wurde mit dem ParlVer geschaffen und ist ein Koordinationsorgan, dem ein Mitglied aus jedem Vertragskanton angehört. Die IKS, die über ein ständiges Sekretariat verfügt (das von den Parlamentsdiensten des Grossen Rates des Kantons Genf gestellt wird), sorgt für den Informationsaustausch und die parlamentarische Koordination in interkantonalen und internationalen Angelegenheiten, die für die Vertragskantone von Interesse sind, und dient als Gesprächspartner bei Regierungskonferenzen.

Gemäss einem zuvor festgelegten Turnus zwischen den Kantonen stellt der Kanton Wallis im Jahr 2025 -2026 das Präsidium der IKS sicher. Im Jahr 2027 wird die Vertretung des Kantons Jura das Präsidium für zwei Jahre übernehmen. Der Kanton Freiburg wird vom Präsidenten der KAA in der IKS vertreten; Stellvertreter für diese Aufgabe ist der Vizepräsident.

### 6.2 Interkantonale Legislativkonferenz ILK

Am 7. Juni 2019 hat sich die Interkantonale Legislativkonferenz (ILK) in Zürich rekonstituiert. Diese relativ informelle Instanz soll den Mitgliedern der Schweizer Kantonsparlamente als Austauschplattform über interkantonale Themen dienen. Sie verfügt über ein ständiges Sekretariat, das von den Mitgliedskantonen finanziert wird.

Zur Erinnerung: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat, wie die anderen Unterzeichnerkantone des ParlVer, beschlossen, der ILK vorerst nicht beizutreten, ohne eine zukünftige Mitgliedschaft auszuschliessen, und bleibt offen für eine gelegentliche Teilnahme und Zusammenarbeit.

Die ILK organisiert regelmässig Veranstaltungen für Mitglieder der kantonalen Parlamente (einschliesslich Nichtmitglieder, die gegen eine Gebühr teilnehmen können), manchmal mit dem Ziel, die Stellungnahmen dieser Parlamente zu den in Vorbereitung befindlichen interkantonalen Vereinbarungen zu koordinieren, manchmal zu allgemeineren Informationszwecken.

2025 fanden folgende Veranstaltungen statt:

- > 4. April 2025 in Bern: Frühjahrskonferenz zum Thema «Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen».
- > 7. und 8. November 2025 in Zürich: Tag der Parlamente 2025 (in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) und dem Zürcher Kantonsrat) zum Thema «Wie stark ist unsere Demokratie? – Die Rolle der Parlamente in einer unsicheren Welt».

Die Einladungen waren an alle Mitglieder des Grossen Rates gerichtet.

### 6.3 Interparlamentarisches Forum der Westschweiz (FIR)

Das Interparlamentarische Forum der Westschweiz (FIR) soll einen informellen Raum für das Nachdenken und das Handeln bieten. Es wird von den Grossen Räten der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis, Waadt und Bern finanziert.

Sein Vorstand besteht aus je einer Grossrätin oder einem Grossrat pro Kanton<sup>6</sup>, wobei alle politischen Parteien berücksichtigt werden. Es bietet 2 bis 3 Veranstaltungen pro Jahr an, die allen Westschweizer Grossrätinnen und Grossräten offenstehen und bei denen sehr vielfältige Themen wie die Entwicklung der Bahninfrastruktur, interkantonale Rahmenvereinbarungen, die Lehrerausbildung, die Wirtschaftsförderung, die Agglomerationspolitik und die Energiepolitik angesprochen werden können.

2025 hat das FIR folgende Veranstaltung organisiert:

- > 30. Oktober 2025 im Schloss Neuenburg: Veranstaltung zum Thema «Verschiedene Sichtweisen auf den Wolf». Verschiedene Referentinnen und Referenten stellten die Fakten und Herausforderungen vor und berichteten über ihre Erfahrungen mit der Anwesenheit des Wolfes in der Schweiz.

---

<sup>6</sup> Grossrätin Catherine Esseiva vertritt den Kanton Freiburg im Vorstand des FIR (Forum interparlementaire romand)